

**Wahlausage  
zur Landtagswahl 1967  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Rheinland-Pfalz**

**„Weitsicht entscheidet die Zukunft - FDP“**

(Beschlossen vom Landeshaupptausschuß  
in Mainz am 5. November 1966)

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftensammlung, D2-4335  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-399

W A H L A U S S A G E

der Freien Demokratischen Partei zur Landtagswahl 1967

---

Weitsicht entscheidet die Zukunft - FDP

---

**1. Moderne Schulen ohne Konfessions - Mauern**

Die Bildungs-Offensive der FDP hat das Ziel, alle Hauptschulen in unserem Lande als christliche Gemeinschaftsschulen einzurichten. Unsere Kinder haben ein Recht auf moderne Schulen, in denen sie für das Leben lernen und auf die Aufgaben von morgen vorbereitet werden.

Deshalb forderte die FDP in einem Initiativ-Antrag, daß die Hauptschule (Volksschuloberstufe), wie Gymnasium und Realschule als weiterführende Schule ausgebaut wird. Nur so ist ein Fachunterricht gewährleistet, der den Bildungs- und Berufsanforderungen unserer Zeit gerecht wird.

Was die FDP in den letzten Jahren durch verfassungsändernde Initiativen erreicht hat - die Beseitigung der Zergschulen und die Überkonfessionelle Lehrerbildung - darf nur ein erster Schritt sein. Konsequent müssen jetzt die 5. bis 9. Schuljahrzüge in modernen Mittelpunktschulen zusammengefaßt werden. Nur sie garantieren eine zeitgerechte Ausbildung. Gleichzeitig werden erhebliche Steuermittel gespart.

**2. Reform der Verwaltung - stärkere Wirtschaftskraft**

Die Vereinfachung der Verwaltung in unserem Lande muß stärker als bisher vorangetrieben werden. Die ersten Erfolge durch praktische Maßnahmen der FDP-Minister weisen den Weg.

Noch immer verschlingen die Verwaltungskosten 42 % aller Staatsausgaben. Das geht auf Kosten des Steuerzahlers. Rationalisierung

und Vereinfachung in der Verwaltung sind also auch im Interesse aller Bürger.

Wir Freien Demokraten fordern daher eine weitgehende Zusammenlegung der viel zu zahlreichen Behörden; 2 Bezirksregierungen für Rheinland-Pfalz sind genug, 39 Landkreise sind zuviel.

Von der wirtschaftlichen Leistungskraft hängen die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die sozialen Leistungen und ein gesichertes Einkommen für alle ab. Eine weitsichtige Strukturpolitik ist Voraussetzung für die Erschließung der wirtschaftsschwachen Gebiete und die Ansiedlung neuer Betriebe, ebenso wie die Erhaltung und Kräftigung der Familienbetriebe der Landwirtschaft, des Weinbaues und angestammter Sonderkulturen.

### 3. Mündige Bürger - Politiker aus Verantwortung

Alle Bürger in unserem Land haben ein Recht darauf, ihren politischen Willen in den Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung direkt zur Wirkung zu bringen. Dazu gehört auch die Urwahl der Bürgermeister, mit der die Bürger ihr Gemeinde- oder Stadtoberhaupt selbst wählen können.

Beim Eintritt in den Landtag müssen Berufsbürgermeister ebenso wie die Landesbeamten ihr Amt zur Verfügung stellen, weil in der Demokratie niemand Gesetze gleichzeitig beschließen und ausführen darf.

Alle Bürger in unserem Land haben Anspruch, über alle öffentlichen Vorgänge in Politik und Verwaltung ausführlich informiert zu werden. Eine sachliche Unterrichtung durch Presse, Funk und Fernsehen ist dringend erforderlich. Deshalb hat die FDP im Landtag ein liberales Pressegesetz durchgesetzt.

Die Landesregierung und alle Behörden in Stadt und Land sollen dem Bürger Rede und Antwort stehen. Der Bürger ist mündig - der Politiker hat aus Verantwortung für den Bürger zu handeln.